

## **Europa braucht einen Real Green Deal!**

Ich möchte mich zuerst einmal herzlich bedanken für die Einladung zu Eurer Delegiertenversammlung. Es ist mir eine große Freude und Ehre, heute mit Euch diskutieren zu dürfen. Ich bin zwar keine Expertin für die Schweizer Politik, aber in meiner vorherigen Funktion als Generalsekretärin des Deutschen Evangelischen Kirchentages war ich regelmäßig in der Schweiz und konnte mich mit engagierten Bürger/innen über Land und Politik austauschen.

Doch bei den Grünen eingeladen zu sein, ist natürlich ein besonderer Anlass. Denn die Heinrich-Böll-Stiftung, deren Co-Vorständin ich bin, ist eine politische Stiftung mit Sitz in Berlin, die der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahesteht. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Büros in 32 Ländern – im deutschsprachigen Raum von Berlin aus. Außerdem kooperieren wir mit 16 Landesstiftungen in allen deutschen Bundesländern. Die Ermutigung unseres Namensgebers, des Schriftstellers Heinrich Böll, zur Einmischung in die Politik ist bis heute Leitbild für die Arbeit der Stiftung.

Eure heutige Delegiertenversammlung fällt fraglos in eine außergewöhnliche Zeit: Die Corona-Pandemie hat Europa in einen nie dagewesenen Stillstand gezwungen mit unübersehbaren wirtschaftlichen Folgen. Noch vor einigen Tagen stand Europa ernsthaft in der Gefahr, auseinanderzubrechen. Der Grund war das Auseinanderlaufen der Mitgliedsstaaten zu Beginn der Krise.

Doch dann folgte die Initiative vom französischen Staatspräsidenten Macron und Bundeskanzlerin Merkel. Dieser floss in den Vorschlag der EU-Kommission für ein Wiederaufbau-Programm (#nextgenerationEU), das große Hoffnungen bei den besonders stark von der Krise Getroffenen weckte. Es folgten im Juli die Verhandlungen im Europäischen Rat, gemeinsam mit dem mehrjährigen Finanzrahmen. Das Ergebnis kann als

kleinster gemeinsamer Nenner bezeichnet werden - immerhin. Das Glas ist jetzt zwar kaum halbvoll, aber es steht immer noch auf dem Tisch!

Unsere Hoffnungen richten sich jetzt auf das Europäische Parlament. Denn nachjustiert werden muss insbesondere im Klimabereich. Dabei lastet eine besondere Verantwortung auf den Schultern der deutschen Bundesregierung: Nach mehr als 13 Jahren hat die Bundesrepublik Deutschland zum 1. Juli 2020 wieder den Vorsitz im Rat der Europäischen Union übernommen. Sie muss jetzt zeigen, ob sie die historische Krise in eine historische Chance verwandeln kann – das gilt sowohl für die Wirtschafts- als auch für die Klimakrise.

Die Grünen haben hier einiges anzubieten. Die Menschen trauen ihnen Zukunftskompetenz zu. Daseinsvorsorge und Gesundheitspolitik sind eng verbunden mit Nachhaltigkeit und einem lebenswerten Planeten für unsere Kinder - das wissen die europäischen Bürgerinnen und Bürger.

Aber viel Zeit bleibt nicht. Die Klimakrise ist durch die gesundheitliche Bedrohung nur kurzfristig verdrängt worden. Das Klima verändert sich ungebremst, aber spürbar in seinen Auswirkungen: Auch 2020 ist zu beobachten, was schon für die Dürresommer 2018 und 2019 galt: Es regnet kaum. Fast überall in Europa ist es viel zu trocken. Corona- und Wirtschaftskrise sind noch nicht bewältigt, aber die nächste große Herausforderung duldet keinen Aufschub: Um den Klimawandel zu stoppen, muss Europa den Übergang zu einem konsequent ökologischen Wirtschaften schaffen, ohne dabei das Soziale zu vernachlässigen. Und genau das kann mit dem Wiederaufbau-Programm und dem Mehrjährigen Finanzrahmen in Verbindung mit einem Real Green Deal gelingen.

Bereits zu Beginn ihrer Amtszeit hat die EU-Kommission unter Ursula von der Leyen den Ernst der Lage erkannt. Sie legte einen „European Green Deal“ vor und schlug auch für den neuen EU-Haushalt „grüne Investitionen“ vor. Auch im Bereich Biodiversität und mit der „farm to fork-

Strategie“ sahen wir gute Ansätze. Aber dieser European Green Deal ist bisher lediglich eine Ankündigung einer Vielzahl von Gesetzen und Programmen. Durchgesetzt hat sie sich damit noch lange nicht - der Weg zu einem grüneren Europa ist noch lang.

Auf diesem Weg lauern für uns Grüne drei Gefahren: 1) Einerseits droht der Versuch des „greenwashing“. Nicht überall wo grün draufsteht, ist auch grün drin. Ein Beispiel ist die Verknüpfung von Digitalem und Ökologischem in einem gemeinsamen europäischen Fördertopf. Es darf nicht bei wohlklingenden Überschriften in Pressemitteilungen bleiben. Bei einem Real Green Deal muss klar erkennbar sein, wie einzelne Investitionen zum Erreichen der Pariser Klimaziele beitragen. Das Ziel ist klar: Klimaneutralität spätestens bis 2050.

2) Außerdem droht eine asymmetrische Demobilisierung, nach dem Motto: Wer braucht die Grünen noch, wenn selbst Konservative inzwischen Klima- und Umweltpolitik machen. Doch gerade in Deutschland haben die letzten Monate gezeigt, dass das ein Trugschluss ist: Die Bundesregierung fand zwar jede Menge wohlwollende Worte für die Klimastreikenden, aber das Klimapakete, das darauf folgte, war – man kann es nicht anders sagen – eine Enttäuschung. Und auch das deutsche Kohleausstiegsgesetz verhindert einen früheren Ausstieg als 2038 und ist schwer vereinbar mit europäischen Klimazielen.

3) Und schließlich gibt es natürlich nach wie vor handfeste Interessen, die eine sozial-ökologische Transformation verhindern wollen: von der fossilen Industrie über die Auto- und Agrarlobby bis hin zu manchen europäischen Regierungschefs. Sie wollen die Krise nicht ungenutzt verstreichen lassen, das fordert unsere Aktivität heraus. Auch im Laufe der Verhandlungen zum Wiederaufbaufonds und dem Haushalt wurde wieder einmal deutlich, dass einige Regierungen das Ausmaß, die Tragweite und die Folgen der Klimakrise noch immer unterschätzen.

Zahlreich sind die Stimmen, die mit Verweis auf die Folgen der Corona-Krise dafür plädieren, die Unternehmen jetzt nicht auch noch mit Klimapolitik zu „belasten“ – sie fordern graue statt grüner Wirtschaftspolitik. Doch genau hier besteht ein folgenreiches Missverständnis: Es gibt inzwischen genügend Nachweise dafür, dass Ökonomie und Ökologie kein Widerspruch sind, sondern sich gegenseitig voranbringen können. Die seit Jahrzehnten niedrige Produktivitätsrate in Europa könnte durch grüne Investitionen wachsen. Der Klimaschutz schafft neue Geschäftsmodelle und diese schaffen Arbeitsplätze, innovative Unternehmen leisten ihren Beitrag zum ökologischen Umbau.

Dass das funktioniert, unterstreicht eine aktuelle Studie der University of Oxford, die 700 Konjunkturmaßnahmen untersucht hat. Das Ergebnis: Grüne Projekte schaffen mehr Arbeitsplätze, bieten eine höhere kurzfristige Rendite und führen zu größeren langfristigen Einsparungen im Vergleich zu traditionellen fiskalpolitischen Impulsen.<sup>1</sup> Mit Grün kommen wir besser aus der Krise!

Deshalb steht die EU vor einer historischen Aufgabe: Mit einem Real Green Deal könnte sie die Wirtschafts- und Klimakrise gleichzeitig bekämpfen. Dafür müssen die Milliarden, die jetzt in die Wirtschaft fließen, jedoch strukturelle Reformen einleiten, um die Weichen in Richtung sozial-ökologische Marktwirtschaft zu stellen.

Ich möchte 7 Faktoren benennen, die aus meiner Sicht für diesen Wandel notwendig sind. Ein Real Green Deal braucht:

- 1) **Ökologische Garantien:** Das Wiederaufbauprogramm und der EU-Haushalt müssen sich an ökologischen Kriterien ausrichten. Das heißt: Wer europäisches Geld erhält, muss garantieren, dass es nachhaltig investiert wird – eine absolut notwendige Bedingung für Unterstützung aus Brüssel. Diese

---

<sup>1</sup> <http://www.ox.ac.uk/news/2020-05-05-building-back-better-green-covid-19-recovery-packages-will-boost-economic-growth-and#>

Form der Konditionalität lässt sich natürlich auch auf die Krisenprogramme in der Schweiz übertragen und wird daher zurecht von euch gefordert. Denn es ist auch finanzpolitisch Unsinn, mit Steuergeld veraltete Industriesektoren zu subventionieren anstatt in zukunftsfähige Branchen zu investieren. Aber Vorsicht, wir müssen dabei auch die sozialen Verwerfungen berücksichtigen – dazu gleich mehr.

## 2) **Eine europäische Energie-, Mobilitäts- und**

**Wärmewende:** Europa braucht einen massiven, flächendeckenden Ausbau von erneuerbaren Energien. Auch für den Einstieg in eine – vielgepriesene - grüne Wasserstoffwirtschaft braucht es deutlich mehr Strom aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse. Gleichzeitig sind Investitionen in grüne Zukunftstechnologien nötig und der endgültige Ausstieg aus Atom und Kohle. Wie eine solche europäische Energiewende aussieht, zeigt eine aktuelle Stellungnahme der größten deutschen Wissenschaftsakademien.<sup>2</sup> Die wichtigste Empfehlung ist hier die Einführung eines einheitlichen und systemweiten CO<sub>2</sub>-Preises als Leitinstrument des European Green Deal. Die Empfehlungen sind auch ein deutlicher Auftrag an die deutsche Ratspräsidentschaft, die Europäische Energiewende mit Sanktionsmechanismen für nationale Blockaden zu versehen.

Die Schweiz ist im Strombereich mit über 60 % der Produktion aus erneuerbaren Energiequellen, überwiegend aus Wasserkraftwerken, quasi Musterschülerin. Bei der Mobilität hingegen besteht großes Verbesserungspotenzial.<sup>3</sup> Das gilt auch für den Rest Europas. Das Thema Energie-,

---

<sup>2</sup> <https://www.acatech.de/publikation/energiewende-2030/>

<sup>3</sup> <https://www.energieschweiz.ch/page/de-ch/erneuerbare-energien>

Mobilitäts- und Wärmewende hat viele Facetten: von der Stadtentwicklung über Antriebsfragen; die Verteilung der Verkehrsträger von Luft und Straße auf Schiene und Wasser; der Verkehrsnetzausbau und Lückenschlüsse in ganz Europa; bis zur Sektorkopplung zwischen Strom und Verkehr. Für all das brauchen wir einen Bewusstseinswandel in Europa. Auch wenn nicht alles auf EU-Ebene regulierungsfähig ist und manches schon in Arbeit, braucht es zuerst den politischen Willen in Brüssel, Berlin und dem Rest Europas.

- 3) **Einen europäischen Investitionsplan für nachhaltige Infrastruktur und Industrie:** Im Verkehrssektor und der Industrie werden die entscheidenden Weichen für die Transformation gestellt. Europa braucht klimaklugen Investitionen in Schienen und Netz-Infrastrukturen, eine Beschleunigung des Umstiegs auf Elektromobilität und Anreize für einen Umbau der Industrie auf CO<sub>2</sub>-neutrale und ressourcenschonende Produktionsprozesse. Die effektivsten Mittel auf diesem Weg bietet die Marktwirtschaft selbst: Preise müssen die ökologische Wahrheit sagen - dafür braucht es eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung in der gesamten europäischen Wirtschaft. Wer Kohlendioxid in die Luft bläst, der soll dafür bezahlen müssen; das zwingt Unternehmen neue, nachhaltige Wege zu finden. Die Erfahrungen der Schweizer Lenkungsabgabe auf fossile Brennstoffe sollten hier unbedingt miteinfließen.<sup>4</sup>

Die Gefahr ist jedoch, dass ein hoher CO<sub>2</sub>-Preis innerhalb der EU dazu führt, dass Unternehmen ihre Produktion ins außereuropäische Ausland verlagern und schlicht in anderen Ländern mehr emittiert wird - *carbon leakage* heißt das

---

<sup>4</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/schweiz-cozwei-101.html>

Problem. Daher müsste ein CO<sub>2</sub>-Preis schließlich um eine CO<sub>2</sub>- Grenzausgleichsabgabe ergänzt werden - ein Klimazoll, wie er ja auch hier diskutiert wird. Wenn ein ausländisches Unternehmen seine Waren nach Europa liefern will, dann muss es an der europäischen Außengrenze eine Abgabe entrichten, die sich am Kohlendioxidgehalt des Importprodukts orientiert. Dadurch würde sichergestellt, dass nicht-EU Unternehmen genauso viel für den Klimaschutz bezahlen müssen wie die Binnenmarkt- Konkurrenz. Und: Europa würde damit auch für andere Länder einen Anreiz für strengere Klimastandards setzen.

Es ist jedenfalls bemerkenswert, wie viele Anhänger/innen diese Forderungen weltweit haben – und zwar quer durch die ideologischen Lager. In einem offenen Brief haben sich zuletzt 3558 amerikanische Ökonom/innen dafür ausgesprochen, darunter 27 Nobelpreisträger/innen und zwei ehemalige Finanzminister.<sup>5</sup>

- 4) **Eine nachhaltige Agrarpolitik:** Seit Jahren ist die Agrarpolitik Teil des Problems und nicht Teil der Lösung. Die *farm to fork*-Strategie der Kommission bietet zwar gute Ansätze, ist aber nicht verzahnt mit den Verhandlungen zur Reform der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik. Der neue Finanzrahmen bietet die Chance, dass die Agrarpolitik endlich Teil der Lösung wird. Auch Deutschland muss sich hier bewegen und Positionen räumen, die weniger an den langfristigen, gesamtgesellschaftlichen Interessen der Nachhaltigkeit, als vielmehr an den kurzfristigen Interessen der Agrarindustrie ausgerichtet sind. Die Verhandlungen hierzu fallen in die deutsche Ratspräsidentschaft. Die Bundesregierung muss endlich

---

<sup>5</sup> <https://www.econstatement.org/>

Farbe bekennen und sich deutlich für eine Verbindung von ökologischer Landwirtschaftspolitik und ökonomischer Nachhaltigkeit für mittlere und kleine Landwirtschaftsbetriebe einsetzen. Wie dramatisch die Situation im Agrarsektor ist, hat nicht zuletzt die Corona-Krise bewiesen: Der Corona-Ausbruch bei der Firma Tönnies, des größten Schlachthofs Europas, hat die unhaltbaren Bedingungen für Mensch und Tier erneut gezeigt. Es braucht dringend eine europäische Agrarwende.

- 5) **Eine sozial-ökologische Transformation:** Das historische Vorbild des European Green Deal, der New Deal von Franklin D. Roosevelt in den USA der 1930er Jahre, war nicht nur ein wirtschaftspolitisches, sondern auch ein sozialpolitisches Reformprogramm. Der New Deal schaffte nicht nur Jobs, er führte auch zahlreiche soziale Errungenschaften ein wie Gewerkschaften, den Mindestlohn, die 40-Stunden-Woche, die Renten-, Sozial- und Arbeitslosenversicherung. Diese historischen Erfolge erinnern daran, dass tiefgreifende Transformationen sozialpolitisch flankiert werden müssen. Die Einsicht ist heute gewachsen, dass Ökologie nicht ohne sozialpolitische Antworten gedacht werden kann und dass umgekehrt, der Abbau sozialer Ungleichheit nur mit dem Aufbau ökologisch nachhaltiger Wirtschafts- und Verhaltensweisen gelingen kann. Nicht der Erhalt oder Schutz der Umwelt allein ist der Antrieb ökologischer Politik, sondern der Erhalt und Schutz menschlichen Lebens und menschlicher Freiheit schlechthin. Ein Real Green Deal muss also nicht nur ökologisch vernünftig, sondern auch sozial sein. Nur so wird auch in Zukunft das Versprechen von Sicherheit und Wohlstand eingehalten.



Auch hier kann die EU von den Schweizer Erfahrungen profitieren, wo ja ein Drittel der mit der CO<sub>2</sub>-Abgabe eingenommenen Gelder in Gebäudesanierung investiert werden – die restlichen zwei Drittel aber direkt an die Schweizer Bürger/innen ausgezahlt werden.<sup>6</sup>

6) **Eine digitale Transformation:** Eine ganze Reihe ökologischer Ziele wird nur zu erreichen sein, wenn digitale Technologien zum Einsatz kommen. Das gilt für Fragen der Energieeffizienz, für autonomes Fahren und – siehe heute – auch für digitale Konferenzen.

Der Transformationsbegriff des Digitalen ist ein anderer als der sozial-ökologischer Transformationsbegriff. Doch auch hier lauert die Gefahr des greenwashing. Wir brauchen technologische Forschung, um ressourcenschonende Technologien zu entwickeln. Wir brauchen Startups, die innovativ an den Problemlösungen arbeiten. Doch zugleich braucht die Digitalisierung mit ihrem hohen Stromverbrauch in Datenzentren selbst ökologische Vorgaben.

Die EU-Kommission hat mit dem *Digital service act* bereits Ansatzpunkte entwickelt. Aber auch hier hängt viel von nationalem politischem Willen ab. Die digitale Transformation muss eingebettet sein in eine ökologischere Produktionsweise. Hier lauern von der Ressourcen- bis zur Governancefrage viele Herausforderungen. Die Corona-Krise hat gerade gezeigt, welches Potential in der Digitalisierung steckt, aber zugleich auch deutlich gemacht, dass bei der Sicherheit und der digitalen Gerechtigkeit große Lücken bestehen. Der Green European Deal muss hier ansetzen und mit den bereits gestarteten regulatorischen Initiativen verbunden werden.

---

<sup>6</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/schweiz-cozwei-101.html>

- 7) **Letztlich ein europäisches Klimaschutzgesetz:** All diese Forderungen müssen während der deutschen Ratspräsidentschaft in einem europäischen Klimaschutzgesetz verankert werden. Rechtliche Verbindlichkeit ist eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg des Green Deals. Sie schafft Planungssicherheit für Unternehmen und für die Bürger/innen. Ohne einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen werden viele Forderungen vage bleiben und von politischen Tagesopportunitäten abhängen. Daher muss die deutsche Bundesregierung mit Hochdruck an der gesetzlichen Verankerung des Klimaschutzes in der EU arbeiten.

Die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaft ist die größte Herausforderung seit der Industrialisierung. Sie braucht die Zustimmung und die Veränderungsbereitschaft der Menschen. Transformation heißt immer auch Widerstand, Auseinandersetzung und Konflikt. Sie kann und wird nur demokratisch gelingen, wenn wir es schaffen, Bündnisse zwischen unterschiedlichen, oder aus unterschiedlichen Gründen an einem gemeinsamen Ziel orientierten Gruppen zu schmieden.

Bisweilen operieren Umweltaktivist/innen und ökologisch Engagierte, zum Teil auch grüne Politiker, mit einer dystopischen Weltuntergangsrhetorik. Die ausschließliche Präsentation der Dramatik der Klimakrise, so real sie auch sein mag, führt nicht zum gewünschten Effekt ökologischer Mobilisierung, sondern zur Lähmung. Stattdessen brauchen wir eine positive Zukunftserzählung.

Entscheidend ist, dass die sozial-ökologische Transformation als eine Geschichte erweiterter gesellschaftlicher Teilhabe erlebt wird, dass sie zu einem Gewinn an Freiheit, Lebensqualität und Wohlstand führt.

Teilhabe an den öffentlichen Gütern, von sauberer Luft und sauberen Flüssen bis zur Biodiversität im öffentlichen Park und gut zugänglichen, öffentlichen Mobilitätsdienstleistungen – daraus kann eine Vision erwachsen, die zum Handeln ermutigt und mobilisiert. Der European Green Deal kann eine mobilisierende ökologische Zukunftserzählung werden, die viele Chancen und Raum für eigenes Engagement bereithält.

Damit kann Europa beweisen, dass es gelingt, den größten Wirtschaftsraum der Welt zu einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln. Die EU bietet den besten Handlungsrahmen und kann auch auf globaler Ebene zum Vorbild werden. Klar ist, nationale Maßnahmen werden nicht ausreichen, um die Klimakrise aufzuhalten – die können wir nur gemeinsam lösen. Das ist eine historische Chance für Europa!

Und erlaubt mir an dieser Stelle eine Randbemerkung: Eure Ablehnung der Kündigungsinitiative ist ein wichtiges Signal, dass anti-europäischer Populismus und Abschottung ganz sicher keine Probleme löst. Danke für diese solidarische, offene und europäische Positionierung!

Bei der Vorstellung des „Green European Deal“ beschwor Ursula von der Leyen einen "man-on-the-moon"-Moment – oder eher „woman-on-the-moon“-Moment; sie verglich ihren Deal mit der Mondlandung. Dieses Pathos muss mit konkreten politischen Maßnahmen unterlegt werden und darf keine rhetorische Leerformel bleiben.

Auch wenn der Widerstand aus einigen europäischen Regierungen und einem Teil der Industrieverbände deutlich ist: Eine klare Mehrheit der europäischen Bürger/innen will eine starke europäische Klimapolitik. Die Europäerinnen und Europäer wollen einen Real Green Deal.

Dass es dafür eine kritische Masse gibt, zeigen einerseits die weltweiten Klimastreiks des vergangenen Jahres. Andererseits aber auch die grüne Welle bei den Europawahlen 2019 – und auch eure starken Ergebnisse bei der Nationalratswahl im letzten Jahr. Das macht Mut! Das ökologische

Bewusstsein ist heute in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Die Zeit drängt, Europa muss diese historische Chance nutzen.